

In Hellersdorf Süd wird immer dichter verdichtet

+++ Die ersten Baumfällungen wurden bereits angekündigt +++

In Hellersdorf Süd sind zunächst zwei grüne Innenhöfe an der Bodo-Uhse-Straße und der Lily-Braun-Straße für die Überbauung verplant. Die Bäume sollen in diesem Herbst/ Winter geschreddert werden. Anschließend sollen je zwei Betonriegel mit 150 Wohnungen quer in den Hof hinein geschoben werden.

Experten bezweifeln die Zulässigkeit des Verfahrens nach §34 Baugesetzbuch.

Die Höfe sind Bestandteil der Planung von 1987 für den damaligen Bezirk Hellersdorf. Die Wohnsiedlung ist nach diesen Plänen einschließlich der begrünten Innenhöfe fertig geplant und bebaut worden. Die damalige Planung sah keine Nachverdichtung vor.

Inzwischen wird das Gebiet um den U-Bahnhof Kaulsdorf Nord jedoch immer mehr verdichtet, weitere neue Wohngebäude sind in Planung. Die BVV Marzahn-Hellersdorf hat folgerichtig im September 2022 einen Beschluss mit dem Ziel gefasst, innerhalb des erweiterten Planungsraums eine geordnete städtebauliche Entwicklung des Bereichs rund um den U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord und das Spreecenter zu ermöglichen. Dennoch sieht die Senatsbauverwaltung nicht davon ab, die beiden o.g. Innenhöfe sofort nach §34 Baugesetzbuch zu überbauen.

Die Menschen fragen: „Warum nimmt man uns unsere schönen Höfe weg?“ Sie sind irritiert und verzweifelt. Ihre grünen Erholungsinseln und sozialen Lebensräume werden zerstört und bestehende Nachbarschaften überfordert. Eine erdrückende Enge wird erzeugt und die bereits bestehende Klimaresilienz der Großsiedlung ruiniert.

Warum werden die beiden Höfe nicht in die geforderte geordnete städtebauliche Entwicklung einbezogen?

Vor 20 Jahren wurden in der Großsiedlung tausende Wohnungen bedenkenlos abgerissen - nun wird, ebenso bedenkenlos, aufbetoniert.

Berlin, den 28. 09. 2022

Axel Matthies, Bürgerinitiative Grüne Höfe Hellersdorf Süd

Grüne Innenhöfe in Hellersdorf Süd in Gefahr

+++ Die ersten Baumfällungen wurden bereits angekündigt +++



Innenhof Bodo-Uhse-Straße (bereits Baustelle)



Innenhof Lily-Braun-Straße

Diese beiden Innenhöfe sind für die Überbauung verplant. Die Bäume sollen im Herbst/Winter 2022 geschreddert werden. Anschließend sollen sie mit je 2 Betonriegeln in den Hof hinein zubetoniert werden.

Der §34 BauGB sieht bei Blockbebauung allenfalls Blockrandbebauung vor. Die Erhaltung von gesunden Arbeits- und Lebensbedingungen, auch gefordert im §34 BauGB, ist bei Abholzen des gesamten Baum- und Buschbestandes nicht mehr gegeben.



Die Mietergärten müssen bleiben!

Die Joachimsthaler Straße, eine kleine Einbahnstraße im Wohngebiet in U-Form, und die Plauener Straße liegen in Alt-Hohenschönhausen im Bezirk Lichtenberg.

2011 erwarb die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH die ehemaligen Schulgärten im Innenhof und gestaltete sie in Mietergärten, umgeben von Bäumen, Büschen und Sträuchern, um.

An diese Stelle will die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH nun zwei Wohnhäuser setzen.

Durch den Bau würden, neben vielen kleinen und mittleren Bäumen, ca. 20 der schützenswerten Bäume gefällt. Die Mietergärten, der Spielplatz, der Bolzplatz, Büsche, Hecken und Sträucher, sowie Grünflächen würden dem Neubau auch zum Opfer fallen.

Die Mietergärten leisten einen wichtigen Beitrag zum Miteinander der Nachbarschaft. MieterInnen treffen sich dort regelmäßig zu den unterschiedlichsten Anlässen. Ein Kahlschlag würde den Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen einschränken und der Klimanotlage extrem zuwider laufen.

Viele AnwohnerInnen erfreuen sich an den Gärten, an dem Wechsel der Blütenpracht, den dort lebenden Tieren. Sind entsetzt, dass diese vernichtet werden sollen.

„Unsere Mietergärten sind unsere Alltagsoasen. Sie müssen bleiben!“

Berlin, den 28. 09. 2022

Michael und Regine Mahnke, Mieterinitiative Joachimsthaler Carrée



Innenhof Joachimsthaler Straße



Innenhof mit Mietergärten Joachimsthaler Straße



Innenhof mit Mietergärten Joachimsthaler Straße

Langjährige Bestandsmieter sind nur Störenfriede

Wir als Anwohner des HOWOGE-Projektes „Atzpodienstr. 24A - 25“ in Berlin-Lichtenberg gelten als besonders misslungenes Beispiel der Informationspolitik einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft gegenüber ihren direkt betroffenen Bestandsmietern. Man hat uns regelrecht ausgetrickst.

Am 16. Februar 2021 informierte uns eine Postwurfsendung der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH über die Planung eines Neubaus mit 50 Wohnungen. Sechs Tage später wurden, ohne jede Bürgerbeteiligung oder Antworten auf eilig gestellte Fragen zu geben, 16 teils 40-jährige Bäume gefällt.

Die Dringlichkeit dieser „Maßnahme“ wurde durch die HOWOGE so begründet, dass man das Bauprojekt doch gerne im Jahr 2021 starten möchte und nur noch wenig Zeit bleibe bis zum Beginn der jährlichen Schonfrist.

Die Bezirksverwaltung stellte eine Fällgenehmigung aus, Monate vor der Baugenehmigung, die zu jenem Zeitpunkt wohl aber bereits politisch zugesichert war, nicht aber alle erforderlichen Gutachten erbracht waren, somit also als nicht gesichert gelten konnte.

Damit hatten wir in wenigen Tagen unseren gut genutzten und gehegten Innenhof verloren. Dieser stellte für uns eine kleine Oase der Ruhe und auch der Natur dar.

Bis heute blieb unsere Frage unbeantwortet, wo die rechtlich notwendigen Ersatzpflanzungen erfolgen werden. Standortnah - nun, das wird schwierig - denn Platz ist dafür kaum vorhanden.

Was immer deutlicher wird: Solche Vorgänge sind nicht Zufall oder Versehen, sie sind Strategie. Die rechtlichen Möglichkeiten (speziell nach § 34 BauGB), die oft unzulänglich geklärten Kompetenzen zwischen Senat, Bezirksamt und Wohnungsbaugesellschaft nutzen diese gezielt zu ihren Gunsten aus.

Wäre es nicht besser, gemeinsam Lösungen zu finden? Was wäre, wenn man als „Normalbürger“ so handelt? Wir sind keine Störenfriede, wir sind Partner.

Berlin trägt Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Sollte man hier nicht endlich umdenken und temporäre Ziele im großen Kontext bewerten, Erfolge in langfristigen Zielen sehen und nicht stets auf die kurzfristige Bilanz schießen?

Deshalb fordern wir vor der unmittelbar bevorstehenden Baumfällsaison:

Jeder Baum ist eine Diskussion wert!

Berlin, den 28. 09. 2022

Nick Meißner, Bürgerinitiative auf dem lichten Berg



zerstörtes Kirschbaumwäldchen, zerstörter Spielplatz im Hof Atzpodienstraße



Neubaublock an gleicher Stelle im Hof Atzpodienstraße



STADT UND LAND schafft Fakten - ohne die Mieter

Im Wohngebiet Orionstraße/ Am Plänterwald arbeitet die kommunale Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH von Anfang an auf höchst intransparente Weise. Ohne jegliche Information an die Anwohnerschaft wurde bereits im September 2021 der Bauantrag zur Nachverdichtung der dortigen grünen Innenhöfe mit sechs Wohnblöcken eingereicht. Erst durch Zufall wurde dies bekannt.

Um unserem Anliegen einer sozial verträglichen und klimabewussten Gestaltung von Verdichtung Nachdruck zu verleihen, haben wir einen EinwohnerInnenantrag im November 2021 in die BVV eingebracht und eine Demonstration vor dem Rathaus Treptow demonstriert.

Obwohl wir uns weiterhin um eine transparente Informationspolitik und Partizipation bemühen, wurden die AnwohnerInnen weder von der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH, noch durch Baustadtrat Hölmer (SPD) über den aktuellen Stand und die aktuellen Entscheidungen informiert.

Der am 09. September 2021 von der BVV Treptow-Köpenick ohne Gegenstimmen beschlossene Antrag "BürgerInnenbeteiligung bei Nachverdichtungen durch Wohnungsbau" wird konsequent ignoriert. Dieser hat das Ziel, bei Bauvorhaben der städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf eine über bloße Unterrichtung der AnwohnerInnen hinausgehende umfassende Beteiligung hinzuwirken und so eine maßvolle und ökologisch vertretbare Nachverdichtung zu erreichen.

Im Februar 2022 wurden Fakten geschaffen und auf drei von vier Höfen die Bäume gerodet. Seit Mai 2022 werden von den nun sieben geplanten Wohnhäusern drei gebaut.

Klimaschutz? – Fehlanzeige!

Wir sagen klar: „Ohne wirkliche Bürgerbeteiligung wird es keine nachhaltige, sozial verträgliche und klimabewusste Nachverdichtung im Berliner Wohnungsbau geben können.“

Berlin, den 28. 09. 2022

Katja Brauer, Bürgerinitiative Plänterwald



Hof Am Plänterwald/ Neue Krugallee, 12435 Berlin – August 2021



Hof Am Plänterwald/ Neue Krugallee, 12435 Berlin – September 2022

**Unter dem Motto: „Verdichtung muss man auch sehen können!“
(Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen) –
Wir bekommen sie zu spüren!**

Zwischen der Bahnstrecke, der Autobahn A114, der vielbefahrenen Pasewalker Straße, der Tramlinie, der Galenus- und Vesaliusstraße befindet sich der Vesaliuskiez. Hier, wo zwischen den Plattenbauten jeder winzige Flecken Grün im sonst grauen, staubigen Stadtbild mehr als erhaltenswert ist, wurden innerhalb des letzten Jahres Tatsachen geschaffen, die nicht nur zu sehen, sondern auch zu spüren sind.

Die GESOBAU AG, der unser über 50 Jahre altes Plattenbauensemble gehört, baut zwei 8-geschossige Wohnhäuser mit insgesamt 75 Wohnungen nahe der Stirnseiten zweier Hausriegel – auf einem Spielplatz und einer Grünfläche.

Nach einem „Mieterbeteiligungsverfahren“, welches lediglich nach Ideen und Wünschen zur Gestaltung der verbleibenden, völlig unzureichenden Freiflächen fragte und von MieterInnen und AnwohnerInnen als reine Alibiveranstaltung gewertet wird, wurden in diesem Jahr nun Tatsachen geschaffen.

Trotz Protesten der Anwohnerschaft wurden über 35 größere und kleinere Bäume gefällt, Büsche und Hecken gerodet.

Der bei Kindern, Eltern und Großeltern seit Generationen in der Nachbarschaft sehr beliebte „Blaue Spielplatz“ wurde zerstört. Direkt hier gähnt nun eine Baugrube, in der seit Monaten unter reichlich Lärm- und Staubentwicklung das Fundament für den 18 x 30 Meter großen neuen Bau entsteht.

Auf der ehemaligen Grünfläche, dem „Kleinen Wäldchen“, ist der Bau schon weiter vorangeschritten. Wo vorher Bäume für ein wenig Grün, Schatten und Kühlung sorgten, steht bald das nächste, 24 Meter hohe, Wohnhaus.

Auf dem Nachbargrundstück wurde im Jahr davor angefangen, ein großes Wohnhaus mit Eigentumswohnungen zu errichten. Hier stand vorher ein Supermarkt, mit Bäcker und kleiner Imbissgaststätte. Auf der letzten freien und dazu geschützten Grünfläche in der Vesaliusstraße soll letztendlich noch, nach Plänen des Bezirksamts, eine neue Grundschule errichtet werden.

Die Auswirkungen werden den AnwohnerInnen und der Stadtnatur noch lange zu schaffen machen. Weniger Grün, dafür mehr Hitze, Staub, Lärm, schlechtere Luft – mit all den negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der BewohnerInnen.

Die GESOBAU AG sieht das offenbar völlig anders, wie aus einer Stellungnahme zu erfahren ist: "Die Maßnahmen bieten [...] vor allem die Chance, die ansässige Nachbarschaft durch neue Mieter*innen und neue Entwicklungen zu bereichern, und die vorhandenen Freiflächen durch Neugestaltung aufzuwerten."

„Nachhaltig ist hier nur der Schaden für die Stadtnatur und die Menschen in der Nachbarschaft!“

Berlin, den 28. 09. 2022

Christoph Strauß, Anwohner und Mitbegründer der Bürgerinitiative Vesaliuskiez



zerstörter „Blauer Spielplatz“ Vesaliuskiez



Verdichtung Vesaliuskiez